

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

89 (26.7.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Rechnungstage: Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Monatlicher Bezugspreis DM 2,50 (inkl. DM -20 Transportgebühr, bei Zustellung durch die Post DM 2,60 zuzügl. Zustellgeb.).

Anfertigungspreis: Die 35 mm hr. Nonp-Zelle Karlsruhe Ausgabe DM 1,50, Flurzeits Ausgabe 1,00, Württembergische Ausgabe je DM 1,-; Gesamtanzahl: DM 2,-. Anz. Anzeigen 50% Nachb.

2. Jahrgang / Nummer 89

Montag, den 26. Juli 1948

Einzelpreis 10 Pfennig

USA sind verhandlungsbereit

Feste amerikanische Haltung in der Berliner Krise — Neue Besprechung der Westmächte in London

Berlin, 25. Juli (UP). Die Vereinigten Staaten sind bereit, mit der Sowjetunion Verhandlungen über Berlin oder das gesamte deutsche Problem aufzunehmen. Jedoch nicht „unter Druck“, erklärte der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay.

Der amerikanische Militärgouverneur empfing laut DENA am Sonntag in seiner Privatwohnung in Berlin die amerikanischen Botschafter in London und Moskau, Lewis Douglas und Bedell Smith, sowie den Sachverständigen des US-Außenministeriums für die UdSSR, Charles Bohlen. Bei der Besprechung über die Berliner Lage soll, wie REUTER dazu aus gutinformierten Kreisen London berichtet, durch Einschaltung Bohlens eine Lösung zwischen zwei amerikanischen Standpunkten gefunden werden: Der Anschauung, gegenüber der Sowjetunion eine feste Haltung einzunehmen und der These, die Berliner Krise habe den Weg zu einer fruchtbareren Zusammenkunft der vier Außenminister vorbereitet.

Die beiden amerikanischen Botschafter waren im Laufe des Sonntagsmittags in Berlin eingetroffen. An der Zusammenkunft nahm auch der politische Berater Clays, Botschafter Robert D. Murphy, teil. Wie UP aus Berlin meldet, sagen

der Rußland-Sachverständige des amerikanischen Außenministeriums, Charles Bohlen, sowie die amerikanischen Botschafter in London und Moskau nach ihrer Besprechung mit General Clay nach London, wo sie am Montag mit französischen und britischen Regierungsbeamten Besprechungen aufnehmen werden. Es wird erwartet, daß die Vertreter der Westmächte bei den Londoner Besprechungen über den nächsten Schritt verhandeln werden, der bezüglich der Berliner Krise unternommen werden soll. Bei der heutigen geheimen Besprechung der hohen amerikanischen Beamten

dürfte die amerikanische Haltung zu dieser Frage festgelegt worden sein.

Lord Halifax im Ruhrgebiet
Oberhausen, 25. Juli (UP). Der ehemalige britische Außenminister und spätere Botschafter in Washington, Lord Halifax, traf am Sonntag in Begleitung seiner Frau in Westdeutschland ein. Er wurde von einem Vertreter der Militärregierung für NRW begrüßt. Über seinen Besuchsplan gab Lord Halifax Einzelheiten bekannt, ließ jedoch durchblicken, daß er eine Zusammenkunft mit Kardinal Erzbischof Frings in Köln begrüßen würde.

Sowjetische „Deutsche Mark“ in der Ostzone

Couponmark wird im Verhältnis 1:1 gegen neues Geld umgetauscht

Berlin, 25. Juli (DENA). Der Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall Sokolowski, erließ am Samstag früh den Befehl Nr. 194 zum Umtausch der gegenwärtigen Ostzonenwährung in die „Deutsche Mark“ der Deutschen Notenbank. Danach sollen zur Festlegung der neuen Währung ab 28. Juli neue Geldscheine im Gebiet von Groß-Berlin und in der gesamten sowjetischen Besatzungszone eingeführt werden. Die in Umlauf befindlichen Reichsmark- und Rentenmarkscheine mit aufgeklebten

Spezialcoupons werden in der Zeit vom 21. bis 28. Juli von der Deutschen Notenbank in die neue Währung umgetauscht. Die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank, sowie die im Umlauf befindlichen Scheidemünzen sollen dem Befehl Sokolowskis zufolge in der Sowjetzone und im Gebiet von Groß-Berlin als einziges gesetzlich zugelassenes Zahlungsmittel gelten. Der Umtausch der Reichsmark- und Rentenmarkscheine mit aufgeklebten Spezialcoupons erfolgt im Verhältnis 1:1.

Berlin, 25. Juli (DENA). Der britische Kommandant von Berlin, Generalmajor E. G. Herbert, wandte sich dagegen, daß durch den sowjetischen Befehl Nr. 194 die deutsche Währungsreform zur Erteilung von Anweisungen an den Magistrat und die Stadtverwaltung Berlins bezüglich des Geldumtausches befugt würde. Damit werde von sowjetischer Seite erneut der Anspruch auf Ausübung einer wirtschaftlichen Kontrolle für das Gebiet von Groß-Berlin erhoben. Herbert sagte, der Befehl gehe sogar noch weiter und es werde versucht, die Wirtschaftskommission ohne Berücksichtigung der Rechte und Funktionen der Stadtverwaltung als oberste Behörde für ganz Berlin einzusetzen.

D-Mark-Kurs noch ungewiß
Berlin, 25. Juli (DENA). Berliner Finanzkreise rechnen damit, daß sich nach Durchführung der Umstufungsmaßnahmen der Kurs der Ostzonenwährung zur D-Mark der Westzonen, der in letzter Zeit etwa auf 1:1 stand, auf 1:1,3 bessern wird. Es hänge allerdings von den Absichten der sowjetischen Besatzungsbehörden ab, ob dieser Kurs nach Freigabe der Konten gehalten werden könne.

„Zehn anstatt hundert Millionen Mark Steuern“

Finanzminister Kähler fordert absolute Einhaltung der Währungsgesetze

Karlsruhe, 25. Juli (SAZ). Auf einer Veranstaltung der CDU sprach am Samstag der Präsident des Landesbezirks Baden, Finanzminister Dr. Heinrich Köhler, über die Frage „Wie soll es weitergehen?“ Die unter ausschließlicher Verantwortung der Besatzungsmächte durchgeführte Währungsreform sei in Bezug auf ihr Kommen durchaus zu begrüßen, die Art ihrer Durchführung aber gebe Anlaß zu heftigster Kritik. Wenn gewisse Kreise heute mit dem Gedanken spielen, das zweite Teil der Kopfquote und die noch gesparten 10% der abgewiesenen Konten zu irgendwelchen Finanzierungszwecken zu mobilisieren, so müßte solchen Bestrebungen energigste Einhalt geboten werden. Nur die termingerechte Auszahlung und Freigabe dieser Gelder könne schwerste soziale Spannungen verhüten.

Auf die finanzielle Lage des Staates eingehend, betonte Dr. Köhler die Unmöglichkeit zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zu kommen, solange die Besatzungskosten noch 25% bis 35% der gesamten Ausgaben ausmachten. Einen beträchtlichen Steuereinkommen von 100 Millionen in Württemberg-Baden stünde in diesem Jahr im gleichen Zeitraum ein solches von 10 Millionen gegenüber. Jegliche Art von Steuerhinterziehung werde in Zukunft auf das äußerste gesühndet.

Eine zielgerechte Wirtschaftspolitik für das ganze Volk und nicht für einzelne Interessengruppen sei notwendig. Noch fehle es an der gesetzlichen Handhabe gegen die auf den verschiedensten Sektoren nach der Währungsreform streisenden Preistreibereien. Ein solcher Mangel könne gefährlich für den Bestand unserer gesamten neuen Währung werden.

Die Tatsache, daß man sich auf staatsrechtlichem Gebiet nun endlich entschlossen habe, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, erfülle ihn mit großer Genugtuung, stellte der Minister weiter fest. An die Schaffung eines lebensfähigen Südweststaates der mindestens Württemberg, Baden und Hohenzollern, vielleicht auch die Pfalz, umfasse, müsse unverzüglich herangegangen werden, wenn eine solche Regelung nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden solle. Nicht ein militärisches Kommando oder ein Kabinettsbescheid, sondern einzig und allein der freie, im Rahmen einer Volksabstimmung geklärte Wille der Bevölkerung, habe über diese Frage letztlich zu entscheiden.

enden Preistreibereien. Ein solcher Mangel könne gefährlich für den Bestand unserer gesamten neuen Währung werden.

Die Tatsache, daß man sich auf staatsrechtlichem Gebiet nun endlich entschlossen habe, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, erfülle ihn mit großer Genugtuung, stellte der Minister weiter fest. An die Schaffung eines lebensfähigen Südweststaates der mindestens Württemberg, Baden und Hohenzollern, vielleicht auch die Pfalz, umfasse, müsse unverzüglich herangegangen werden, wenn eine solche Regelung nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden solle. Nicht ein militärisches Kommando oder ein Kabinettsbescheid, sondern einzig und allein der freie, im Rahmen einer Volksabstimmung geklärte Wille der Bevölkerung, habe über diese Frage letztlich zu entscheiden.

VEREINTE WESTZONEN:
STUTTGART. Der Flüchtlingsausschuß des süddeutschen Landrats hat Antrag der bayrischen Staatsregierung auf Spitzenausgleich bei Verteilung von Flüchtlingen mit den Stämmen Württemberg-Baden und Heßens abgelehnt. / Letter des Hiltwerk der evangelischen Kirchen in der Schweiz, Pater E. Heßler, hat für Ausbau des Jugendlagers Vilböd 100 000 sfrs. gesammelt. — MÜNCHEN. Die Landesleitung der Bayerpartei befähigt sich mit dem Kabinett und Rätebühnen Besprechungen, deren Beschlüsse nach Ansicht der Bayerpartei unter dem Diktat der SPD und Unionsführer gefaßt werden soll. — SCHWENFURT. SPD-Abgeordnete erreichen in einem dem bayrischen Landtag eingereichten Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung, bei der US-Militärregierung die Neuerrichtung der Freizone zu beantragen. — FULDA. Infolge eines fünfminütigen Stromausfalls, der durch Blitzschlag hervorgerufen wurde, verdrängen in der Molkerei der Stadt Hünfeld 9000 Liter Milch.

FRANZÖSISCHE ZONE:
FREIBURG. Auktionsleiter des württembergischen Landtags trat am Sonntag laut DENA in Gegenwart des Staatspräsidenten Leo Wohleb zusammen, dessen Rücktritt im Landtag gefordert worden war, weil er dem Pincus nicht über die Kabinett- und Rätebühnen Konzepte berichtet hätte. — MAINZ. Für Schaffung eines einheitlichen von Ost und West unabhängigen Europas setzte sich am Sonntag

Deutsche Kinder aus den Ostgebieten

Hannover, 25. Juli (DENA). Am Sonntag traf in Hannover ein erster Sonderzug mit 752 deutschen Kindern aus den polnisch besetzten Gebieten ein. In diesen Transporten werden insgesamt 2000 deutsche Kinder nach Westdeutschland befördert, deren Eltern teilweise schon drei bis vier Jahre in den Westzonen leben. Durch Verhandlungen der britischen Militärregierung mit der polnischen Regierung konnten die Kinder jetzt zurückgeführt werden. Bis zur Weiterleitung in ein Heim oder zu ihren Eltern werden die Kinder im Bahnhofsbüro von Hannover untergebracht, wo sie von den christlichen Organisationen, dem Roten Kreuz und der YMCA betreut werden.

Stetter Nachfolger Kohls

Stuttgart, 25. Juli (SAZ). Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier hat entsprechend dem Landtagsbeschluss den bisherigen Arbeitsminister Rudolf Kohl von seinem Amte entbunden. Die vorläufige Geschäftsführung des Arbeitsministeriums übernimmt Ministerialdirektor David Stetter.

Obst- und Gemüsepreise sollen fallen

Wiesbaden, 25. Juli (DENA). In Kürze sei in der Bizone mit einem erheblichen Sinken der Obst- und Gemüsepreise zu rechnen, erfährt DENA von gut unterrichteter Seite. Zur Begründung werden die demnächst in verstärktem Umfang zu erwartenden Importe von italienischem Obst und Gemüse angeführt, für die Italien eine Spitzenermäßigung gewährt hat.

Posttarife werden ermäßigt

Frankfurt, 25. Juli (DENA). Eine Anzahl Gebühren des Telegramm- und Fernsprecheverkehrs im Post- und Fernmeldesystem werden, wie die Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des vereinigten Wirtschaftsgebietes mitteilt, ab 1. August ermäßigt. Nähere Einzelheiten werden von den Postämtern bekanntgegeben.

Keine Entlassungen bei der Bahn

Frankfurt, 24. Juli (DENA). Die Eisenbahngewerkschaft demonstrierte am Samstag Pressevertretern, wonach die Hauptverwaltung der Eisenbahnen die Entlassung von 150 000 Angestellten in der Bizone beabsichtigt seien. Es sei lediglich vorgesehen, im Laufe eines Jahres 50 000 Eisenbahnangestellte die bereits das gesetzliche Pensionsalter überschritten haben, in den Ruhestand zu versetzen.

Abt Jahre Zuchthaus für falschen Chefdiener

Baden-Baden, 25. Juli (DENA). Der ehemalige Medizinstudent und angehende Arzt Erik Kaspar Walter Krümer wurde laut DENA am Samstag wegen schweren Körperverletzungen in 233 Fällen, mit Todesfolge in zwei Fällen zu acht Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Krümer hatte als Medizinstudent ohne Examen monatlang die chirurgische Abteilung des Städtischen Krankenhauses Baden-Baden geleitet. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende laut DENA aus, das Gericht habe einen außerordentlich schweren Fall zu beurteilen gehabt. Er sei nur in den Wirren der Nachkriegszeit möglich gewesen, das Interesse der Öffentlichkeit weit über die Landesgrenzen hinaus sei begrifflich gewesen. Das Vertrauen zum Arztstand sei durch diesen Fall schwerstens erschüttert.

US-Flugzeug über Berlin abgestürzt

Berlin, 25. Juli (DENA). Eine amerikanische zweimotorige „Dakota“-Transportmaschine vom Typ C-47 stürzte in der Sonntagsnacht gegen 1.00 Uhr in Berlin-Friedrichshagen auf bisher noch unbekanntem Grundes kurz vor der Landung ab. Die zweipersonige Besatzung der Maschine wurde getötet. Die Leichen der beiden Insassen konnten von amerikanischen und deutschen Rettungsmannschaften aus den Trümmern des Flugzeuges geborgen werden.

Neue ERP-Bewilligungen

Washington, 25. Juli (DENA-REUTER). Die US-Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit gab am Sonntag neue ERP-Zuwendungen an die Bizone, Dänemark, Italien und China in Höhe von rund zwanzig Millionen Dollar bekannt. Davon erhält die Bizone einen Betrag von 13,45 Millionen Dollar zum Ankauf elektrischer Automobile, Blei, Kupfer, Zink, Holzschliff, Nickel und Reifen und Schläuche für LKW's. Ferner soll damit die Reparatur deutscher Güterwagen in Belgien, der Schweiz und der Tschechoslowakei finanziert werden.

ERP-Konferenz eröffnet

Paris, 25. Juli (DENA). Die Konferenz der Außen-, Finanz- und Wirtschaftsminister der sechzehn ERP-Staaten, sowie der Vertreter der Bizone, der französischen Besatzungszone und Triests wurde am Sonntag unter Vorsitz des Präsidenten des europäischen Wiederaufbaubüros, des belgischen Ministerpräsidenten Paul Henri Spaak eröffnet. An der Sitzung nahm ferner der ERP-Administrator Paul G. Hoffman teil.

Wallace nominiert

Philadelphia, 25. Juli (DENA). Henry Wallace wurde am Samstagabend laut AFP von dem Konvent der Fortschrittspartei zum Präsidentschaftskandidaten und Senator Glen Taylor zum Vizepräsidentschaftskandidaten nominiert. Wie UP berichtet, wurde die Nominierung Wallaces von den Teilnehmern des Kongresses mit großer Begeisterung aufgenommen.

„Wenn ich Präsident wäre ...“

Philadelphia, 25. Juli (DENA-REUTER). Henry A. Wallace nahm seine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der von ihm geleiteten „Fortschrittspartei“ an. Er bestatigte in einer Ansprache die gegenwärtige Regierung Trumans, durch ihre Politik auf einen Krieg zuzusteuern. Zur Lage in Deutschland erklärte der Präsidentschaftskandidat, das Prestige der Vereinigten Staaten in Deutschland sei bereits zu der Zeit verloren gewesen, als wir Deutschland teilten. „Wenn ich Präsident wäre“, rief Wallace aus, „würde es heute keine Krise in Berlin geben.“

Sofoulis zurückgetreten

Athen, 25. Juli (UP). Der griechische Ministerpräsident Themistocles Sofoulis begab sich am Sonntagabend zum König, um seinen Rücktritt einzureichen.

Regierungsbildung in Finnland

Helsinki, 25. Juli (DENA-REUTER). Der finnische Sozialdemokrat und Vorsitzende des letzten finnischen Parlaments, Kurt Fagerholm, nahm am Sonntagabend den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung an, die frühere Regierung unter Ministerpräsident Mauno Pekala war am Donnerstag zurückgetreten.

Schweres Flugzeugunglück in Kanada

Quebec, 25. Juli (UP). Die „Simonski-Fluggesellschaft“ gab bekannt, daß bei dem Absturz einer ihrer Passagiermaschinen sämtliche 24 Insassen den Tod fanden.

Nur Teil-Demontage der Uhren-Industrie

Regierungschefs beschließen Intervention bei General König
Baden-Baden, 25. Juli (SAZ). Zu unserer Meldung „Demontage von Torenabschlüssen“ in der Samstagausgabe der SAZ teilt DENA ergänzend mit, daß laut Södens von zuständiger französischer Seite erklärt wird, die zu demonstrierenden Werke bildeten nur einen Teil der von den Alliierten im Oktober 1947 der interalliierten Reparationsagentur in Brüssel namhaft gemachten Industriemaschinen.

Die Demontage der südwestdeutschen Uhrenindustrie erfolge nur einen Teil der maschinellen Einrichtungen, wobei die Exportindustrie von 63 Millionen Dollar unverändert erhalten bleibe. Bei der Uhrenfabrik Jungheins würden nur diejenigen Maschinen demontiert, die im gegenwärtigen Exportplan nicht eingesetzt sind. Die Uhrenfabrik Kienzle sei in der erwähnten Liste nicht enthalten. Die durch die Demontage freizumachenden Arbeitskräfte würden in gleichartige Industriebetriebe übergeführt werden. Soweit dies nicht möglich sei, würden alle Vorkerkungen getroffen, um Arbeitslosigkeit infolge der Demontage zu vermeiden. Die Verteilung an die in der interalliierten Reparationsagentur vertretenen Länder werde im Rahmen der von den Alliierten getroffenen Abkommen und zu den von den drei Westmächten gemeinsam festgesetzten Terminen erfolgen. Die Regierungschefs der französischen Zone haben wie DENA aus Regierungskreisen Südwürttemberg-Hohenzollern erfährt, beschlossen, Anfang nächster Woche bei General Pierre König gemeinsame Schritte zur Zurücknahme des Demontagebefehls zu erwirken. Nach diesem Befehl, der am 22. Juli erteilt wurde, sollen 18 Betriebe in der französischen Zone demontiert werden. Bei einem eventuellen Mißerfolg wollen sich die Regierungschefs weitere Entschlüsse vorbehalten.

Mr. LaFollette begrüßt 100 000 Heimkehrer

„Zum ersten Male wieder in der reinen Luft persönlicher Freiheit“

Stuttgart, 25. Juli (DENA). Der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. LaFollette, hielt am Samstagabend vor dem Ulmer Münster zur Feier der Rückkehr der 100 000 nach Württemberg-Baden entlassenen Kriegsgefangenen und des fünfzigtausendsten Heimkehrers aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft eine Ansprache, in deren Verlauf er zum Heimkehrerproblem Stellung nahm.

Er glaube, daß die Heimkehrer eine besonders wichtige Rolle bei der Entwicklung eines freien und demokratischen Deutschland spielen und noch spielen werden, sagte LaFollette. Der ehemalige deutsche Kriegsgefangene, der mehr als die meisten Menschen von den Schrecken

des Krieges wisse, wolle nicht noch einmal in einen Krieg gehen. Hierin liege die Bedeutung, die dieser für das künftige Deutschland hätte. „Viele von Ihnen“, so wandte sich LaFollette an die anwesenden Heimkehrer, „samen jetzt zum ersten Male seit fünfzehn Jahren die reine Luft persönlicher Freiheit. Hüten Sie sich gut vor der schweren dumpften Luft, die von denen kommt, die Sie wieder in Unterdrückung bringen wollen.“

Zum Abschluß der Feier wurde vor dem unbeschnittenen, seit dreißig Jahren wieder erstmals vollständig illuminierten Münster das Festspiel „Der Ackermann und der Tod“ von Schauspielern der Stuttgarter Bühnen aufgeführt.

